



An die
Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

Berlin, 13. Dezember 2011

**Politischer Bericht für die Sitzung der Bundestagsfraktion
am 13. Dezember 2011**

I. Zur Lage

Liebe Genossinnen und Genossen,

auf unserem **Bundesparteitag** haben wir ein starkes Signal der Geschlossenheit und des Aufbruchs zu neuer Regierungsverantwortung 2013 gegeben. Bei Steuern und Finanzen wie bei der Arbeits- und Sozialpolitik legen wir ehrliche Konzepte vor, die niemandem das Blaue vom Himmel versprechen, sondern solide gerechnet und umsetzbar sind. Wir zeigen einen Weg, wie Deutschland die großen Zukunftsaufgaben der Bildung, der Chancengleichheit, des Klimaschutzes, der Energiewende, der kommunalen Dienstleistungen und des Schuldenabbaus anpacken kann. Deutschlands Zukunft liegt in Europa – auch diese Botschaft geht von der Sozialdemokratie aus. In einer Zeit großer Unsicherheiten und Umbrüche stehen wir wie keine andere deutsche Partei für die europäische Einigung. Wir wollen ein erneuertes Bündnis, einen neuen starken Bund für Europa, in dem gilt: alle für einen, einer für alle. Nicht das Schielen auf nationalen Populismus, sondern gemeinsame Verantwortung für den Euro und die Weichenstellung in Richtung Realwirtschaft mit Impulsen für neues, nachhaltiges Wachstum führen Europa aus der Krise.



In den vergangenen Tagen haben wir das ganze Elend von Gipfeln erlebt, auf denen die Teilnehmer nur zur Gesichtswahrung und nur für den schönen Schein Beschlüsse verkünden, die keine Substanz haben. Die Rhetorik des Erfolgs, wo in der Sache kein Fortschritt ist, geht den Menschen auf den Wecker. Sie zerstört das Vertrauen in die Fähigkeit gewählter Regierungen, Probleme zu lösen. Sie untergräbt die Grundlagen der Demokratie.

Der **Weltklimagipfel in Durban**? Nach tagelangen taktischen Grabenkämpfen wird verkündet, man habe die Weichen gestellt für ein neues globales Klimaabkommen. Tatsache ist aber, der Gipfel ist blamabel gescheitert. Statt Verpflichtungen zur CO₂-Minderung einzugehen, werden Absichten verkündet, neue Gipfel in Aussicht gestellt, Lösungen behauptet, aber nicht geliefert. Die Ergebnisse sollen 2020 greifen – was für eine Augenwischerei!

Der vorerst letzte einer **Serie von Euro-Krisen-Gipfeln in 2011** vergangene Woche? Er war ein Fiasko. Wir haben es Kanzlerin Merkel vorher gesagt: Simulierte Politik hilft nicht weiter. Ersatzhandlungen statt Problemlösungen verschlimmern die Lage. Die Finanzanalysten haben das Märchen von der Krisenbewältigung gnadenlos durchschaut: Keine Einigkeit, sondern Zeichen der Spaltung Europas, kein Signal der gemeinsamen Haftung, keine Klarheit über die Rolle der EZB, wortreiche Nebel über Vertragsänderungen und Sanktionen, aber keine Aussicht auf eine Lösung der akuten Schuldenfrage. Der Vertrauensverlust grassiert weiter, die Anleger fliehen den Euroraum, die Rezessionsgefahr in Europa nimmt täglich weiter zu.

Merkel wird an diesem Mittwoch eine weitere Regierungserklärung zur Lage Europas abgeben. Man kann sie nur davor warnen, die Gipfelergebnisse zu beschönigen, in der Hoffnung auf eine ruhige Weihnachtspause. Das kann ein böses Erwachen im neuen Jahr geben. Allein Italien muss in den nächsten Monaten 180 Milliarden Euro refinanzieren, ohne das Vertrauen der Anleger zu haben. Nicht nur Griechenland, auch Portugal und Irland haben große



Probleme, ihre Konsolidierungsziele zu erreichen. Über *das Ziel* der Stabilität in Europa besteht zwischen uns und der Bundesregierung kein Streit. Ob aber ihr Handeln der Stabilität dient oder vielmehr die Stabilität gefährdet, *das* muss im Kern der öffentlichen Auseinandersetzung stehen. Denn nichts ist 2011 stabiler geworden in Europa. Die Krise hat sich im Gegenteil dramatisch beschleunigt, und ein Ende ist nicht abzusehen.

Eine Vertragsänderung mit schärferen Sanktionen gegen zukünftige Verschuldung ist notwendig, liefert aber keinen ausreichenden Beitrag, um die akuten Probleme zu lösen. Das hat der Gipfel vorgeführt. Hinzu kommt nun der hohe politische Preis, dass Großbritannien aussichert. Die Gefahr ist eine Zersplitterung Europas, ohne dass im Kern der Krise Besserung erreicht worden wäre.

Die große Täuschung, mit der Merkel die Öffentlichkeit an der Nase herumführen will, betrifft die Rolle der Europäischen Zentralbank, die dort handelt, wo die Regierungen Handeln verweigern. Hier hat der Gipfel das absurde Theater fortgesetzt. Während Deutschland behauptet, die Unabhängigkeit und Zurückhaltung der Zentralbank bleibe unangetastet, geht Frankreich davon aus, die EZB übernehme nun die zentrale Rolle als Bürge letzter Instanz. Alle Rettungsmechanismen, die EFSF und der künftige ESM, sollen an die EZB gebunden werden. Wie genau, weiß keiner. Merkel will das um jeden Preis verbergen. Nun sollen die Zentralbanken den Umweg über den Internationalen Währungsfonds nehmen und dem IWF 200 Milliarden Euro geben, damit er auf den Anleihemärkten eingreifen kann. Die Deutsche Bundesbank hat darauf mit einem beispiellosen Hilferuf an den Bundestag reagiert. Aus dem Vorstand der Bundesbank wurde das Parlament aufgefordert, diesen Deal aus dem Schatten der Heimlichtuerei herauszuholen und mit einer klaren politischen Entscheidung abzusichern. Wir schließen uns dieser Forderung an. Längst geht es bei der Krisenbewältigung nur noch darum, was die Koalition in Deutschland aushält und was sie nicht aushält. Schwarz-Gelb bewegt sich in einem Lügenlabyrinth. Weil die Koalition vor der



Zerreißprobe steht, wenn es um die europäische Haftungsgemeinschaft geht, schickt sie die Zentralbank vor, um eine Vergemeinschaftung von Schulden durch die Hintertür zu betreiben – ohne politische Kontrolle und demokratische Legitimation. Das ist die Wahrheit hinter Merkels simulierter Politik.

Kein Wort hat der Gipfel verloren über das wirtschaftliche Kernproblem einer Abwärtsspirale von Schulden, Rezession und neuen Schulden. Kein konom in Europa glaubt aber, dass ohne Investitionsimpulse eine Umkehrung der Lage zu erreichen ist und die Haushalte zu konsolidieren sind.

Tatsache ist auch, dass ohne eine Lösung der Altschuldenprobleme keine tragfähige Entwicklung zu erreichen ist. Länder wie Italien und Spanien müssen so hohe Zinsen auf die Refinanzierung der Altschulden zahlen, dass es ihnen die Luft nimmt. Muss Italien für seine bis April 2012 zu refinanzierenden alten Anleihen statt 4 Prozent künftig 7 Prozent zahlen, belastet das den italienischen Haushalt zusätzlich mit 5,4 Milliarden Euro, und das bei sinkender Wirtschaftsleistung – so schnell kann niemand die Renten kürzen, um da mitzuhalten. Das ist ein sozialer Sprengsatz! Deshalb ist ein gemeinsamer europäischer Schuldentilgungsfonds ein kluger Vorschlag. Er kann die Zinsen senken, aber die langfristige nationale Tilgungsverpflichtung aufrecht erhalten. Das wäre ein Signal des europäischen Zusammenhalts und würde die Sicherheit von Staatsanleihen des Euroraums untermauern.

Euer

Dr. Frank-Walter Steinmeier

II. Zur Woche

Rentenrecht vereinheitlichen

Zwanzig Jahre nach der Deutschen Einheit und der erfolgreichen Überleitung der DDR-Alterssicherung gibt es in Ost- und Westdeutschland kein einheitliches Rentenrecht.

In unserer **großen Anfrage** fragen wir die Bundesregierung, wie sie dieses Ziel ihres Koalitionsvertrags umsetzen will. Die Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Modelle zur Angleichung der Renten müssen offengelegt werden. Die Bilanz der Rentenüberleitung muss gezogen und die Situation der Alterseinkommen in Ostdeutschland analysiert werden. Ein besonderes Augenmerk soll auf die Alterssicherung von Frauen gelegt werden.

Ein einheitliches Rentensystem setzt einheitliche Rechengrößen der Rentenversicherung voraus. In unserem **Antrag** fordern wir die Bundesregierung auf, die Rentenwerte für gesellschaftliche Leistungen anzugleichen. Für Zeiten der Kindererziehung, Pflege von Angehörigen, Zivil- und Wehrdienst, sowie der Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen müssen in Ost und West die gleichen Rentenanspruchshöhen gelten.

Bei der Rentenüberleitung sind soziale Verwerfungen entstanden. Für Härtefälle muss außerhalb des sechsten Sozialgesetzbuches ein sozialer Ausgleich geschaffen werden. In unserem **Antrag** fordern wir die Bundesregierung auf, eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe einzurichten. Sie soll ein Rentenüberleitungsabschlussgesetz sowie die Einsetzung eines Härtefallfonds vorbereiten. Kriterien für soziale Härtefälle müssen definiert und Vorschläge für Transferleistungen vorgelegt werden. Schließlich ist ein Finanzierungskonzept für Bund und Länder zu erstellen. Der Härtefallfonds soll aus dem Steueraufkommen finanziert werden.

Deutschlands soziale Einheit vollenden

Auch wenn die ostdeutschen Bundesländer in vielen Zukunftsfragen gut aufgestellt sind, ist die soziale Einheit Deutschlands noch nicht vollendet. Die Wirtschaftskraft Ostdeutschlands befindet sich weiterhin im Rückstand. Die Angleichung der Lebensverhältnisse stagniert mit großen Unterschieden bei Einkommen, Arbeitslosigkeit und Rentenniveau. Eine verlässliche Förderpolitik des Bundes und

die gerechte Verteilung von Fördergeldern sind vonnöten. In unserem Entschließungsantrag fordern wir die Bundesregierung auf, die Erreichung gleichwertiger Lebensverhältnisse zur obersten Priorität zu machen. Der Solidarpakt und der Solidaritätszuschlag müssen beibehalten werden. Eine angemessene Lösung für die Vereinheitlichung der Rentensysteme ist zu finden. Ein ganzheitliches Konzept für den demographischen Wandel ist vonnöten. Die Programme „Stadtumbau Ost“ und „Soziale Stadt“ sollen fortgeführt werden. Zudem muss sich die Bundesregierung in kommenden EU-Verhandlungen für die weitere Förderung ostdeutscher Länder einsetzen.

Geschlechtergerechtigkeit in der Wissenschaft herstellen

Frauen sind in Wissenschaft und Forschung stark unterrepräsentiert. Ihre Entwicklungs- und Karrierechancen sind nach wie vor schlechter als die ihrer männlichen Kollegen. Infolgedessen sind in wissenschaftlichen Leitungsfunktionen, Entscheidungs- und Expertengremien sowie politiknahen Beratungskommissionen nur wenige Frauen zu finden. Diese Vergeudung intellektuellen Potenzials stellt ein Innovations- und Qualitätsdefizit dar. In unserer Großen Anfrage fordern wir gemeinsam mit den Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke die Bundesregierung dazu auf, den aktuellen Sachstand bei der Gleichstellung der Geschlechter in Wissenschaft und Forschung zu bilanzieren. Wir fragen nach Handlungsfeldern, Strategien und Zielen, die zu einer Überwindung der momentanen Situation beitragen sollen. Schließlich geht es auch um geeignete Instrumente und Förderprogramme, um den Frauenanteil in Wissenschaft und Forschung zu erhöhen und Wissenschaftlerinnen neue Perspektiven aufzuzeigen.

Grundlagen für eine digitale Gesellschaft schaffen

Der Bericht der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ beschreibt die bisherige Arbeit der Kommission, die von Streitigkeiten über Inhalte, Beteiligungsmöglichkeiten und Gutachten geprägt war. Lediglich zum Thema Medienkompetenz liegt bereits ein Zwischenbericht vor, der weitgehend im Konsens verabschiedet wurde. Er beschreibt die Rahmenbedingungen, die für den Ausbau der Medienkompetenz aller Generationen geschaffen werden müssen. Alle

Schülerinnen und Schüler sollen mit einem mobilen Computer ausgestattet werden. Die Ausbildung der Lehrkräfte, Bildungskonzepte und die Digitalisierung von Lerninhalten müssen an die Anforderungen des digitalen Klassenzimmers angepasst werden. Zudem soll ein längerfristiges Forschungsprogramm zur Medienkompetenz gegründet werden.

Versicherte und Beschäftigte bei Kassenschließungen schützen

Der Umgang der gesetzlichen Krankenversicherungen mit den Versicherten der City-BKK hat das Vertrauen in die Solidarität innerhalb des Gesundheitssystems erschüttert. In Zukunft sollen weder Versicherte noch Beschäftigte Nachteile durch Kassenschließungen haben. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, sicherzustellen, dass Versicherten bei Kassenschließungen und Kasseninsolvenzen keine Lücken im Versicherungsschutz oder Leistungsbezug entstehen. Anreize, Versicherte nach ihren gesundheitlichen Risiken zu beurteilen und auszuwählen, müssen abgeschafft werden. Der Wettbewerb zwischen Krankenkassen soll auf Qualität und Wirtschaftlichkeit gerichtet sein anstatt auf die Vermeidung von Zusatzbeiträgen. Einkommensunabhängige Zusatzbeiträge sind abzuschaffen und durch eine paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung zu ersetzen. Für die Beschäftigten aller Kassen müssen bei Schließungen die gleichen Regeln gelten. Sie sollen einen Rechtsanspruch auf gesetzlichen und tariflichen Kündigungsschutz haben.

Freiwilligendienste aller Generationen verstetigen

Das Modellprogramm „Freiwilligendienste aller Generationen“ schafft einen verbindlichen Rahmen für das bürgerschaftliche Engagement von Erwachsenen und insbesondere Seniorinnen und Senioren. Die Bundesförderung für das Programm läuft Ende dieses Jahres aus. Damit wird der Infrastruktur von Beratung, Qualifizierung und Qualitätssicherung vor Ort der Boden entzogen. Unser Antrag fordert die Bundesregierung dazu auf, die Förderung des Programms zu verstetigen. Darüber hinaus soll die Vielfalt der Freiwilligendienste gefördert werden. Ein Gesetz soll rechtliche Standards für sie festlegen. Gemeinsam mit Ländern und Kommunen müssen Rahmenbedingungen für die Förderung bürgerschaftlichen Engagements

geschaffen werden. Die Vereinbarkeit von bürgerschaftlichem Engagement und Beruf ist insbesondere in Unternehmen und Institutionen des öffentlichen Dienstes voranzutreiben.

Duisburger Hafen in öffentlicher Hand behalten

Der Duisburger Hafen ist der größte Binnenhafen der Welt. Er hat sich trotz der Wirtschaftskrise positiv weiterentwickelt und ist mit rund 40 000 Arbeitsplätzen ein Wirtschaftsmotor für Duisburg, Nordrhein-Westfalen und Deutschland. Die Betriebsgesellschaft der Duisburger Hafen AG gehört je zu einem Drittel dem Bund, dem Land Nordrhein-Westfalen und der Stadt Duisburg. Die Bundesregierung hat trotz der wirtschaftlichen Rentabilität des Hafens ein Verfahren zur Veräußerung ihrer Anteile eingeleitet. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, das Verfahren sofort zu stoppen. Die öffentliche Hand muss weiterhin die Entwicklung des Duisburger Hafens steuern. Zudem ist ein grundsätzliches Bekenntnis zu den Aufgaben des Bundes für eine nachhaltige und langfristige Verkehrs- und Wirtschaftspolitik vonnöten.

Menschenwürde in griechischen Flüchtlingslagern schützen

Die Unterbringung von Flüchtlingen in griechischen Auffanglagern ist menschenunwürdig. Griechische Behörden zeigen jedoch wenig politischen Willen, sie zu ändern. In unserem gemeinsamen Antrag mit den Fraktionen von CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen fordern wir die Bundesregierung auf, sich für eine Verbesserung der Situation einzusetzen. Griechenland muss bei der Abrufung europäischer Mittel unterstützt werden. Asylsuchende dürfen nur inhaftiert werden, insoweit EU-Richtlinien und die Europäische Menschenrechtskonvention dies erlauben. Rücküberstellungen von Asylbewerbern nach Griechenland sollen bis zu einer Verbesserung der Zustände ausgesetzt werden. Die EU-Kommission muss die Voraussetzungen für ein Vertragsverletzungsverfahren gegenüber Griechenland prüfen. Der Einsatz von Bundespolizistinnen und -polizisten im Rahmen der europäischen Grenzschutzagentur Frontex muss rechtlich gesichert sein.

ISAF-Mandat reduzieren

Die Bundesregierung will die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) fortsetzen. Das Bundeswehrrkontingent soll mit dem neuen Mandat auf 4900 Soldatinnen und Soldaten reduziert werden. Sie sollen auch weiterhin vor allem für den Aufbau und die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte und den Schutz der afghanischen Bevölkerung eingesetzt werden. Bis zum Ende des Mandats Anfang 2013 soll, abhängig von der Sicherheitslage und Fortschritten bei der Übergabe, das Bundeswehr-Kontingent um weitere 500 auf 4400 Soldatinnen und Soldaten reduziert werden. Nachdem vor allem das Verteidigungsministerium sich in der Frage einer Reduzierung zunächst bedeckt gehalten hat, ist die Bundesregierung nun einmal mehr auf die Forderungen der SPD-Fraktion eingeschwenkt. Sobald der genaue Mandatstext vorliegt, werden wir ihn sorgfältig prüfen und beraten.

Bei Exportkreditgarantien Menschenrechte achten

Mit staatlichen Exportkreditgarantien können deutsche Unternehmen Exportgeschäfte und Auslandsprojekte gegen wirtschaftliche und politische Risiken absichern. Sie sind ein wichtiges Instrument der Außenwirtschaftsförderung. Die Achtung der Menschenrechte durch die Unternehmen spielt bei ihrer Vergabe bisher keine Rolle. Auch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) prüft bei Exportkreditgeschäften lediglich die Einhaltung von Umwelt- und Sozialaspekten. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, Menschenrechtspolitik in die Außenwirtschaftspolitik mit einzubeziehen. Bei der Überarbeitung der OECD-Empfehlungen für Exportkreditgeschäfte soll sie sich für eine Verankerung der Menschenrechte und der ILO-Kernarbeitsnormen einsetzen. Die Leitlinien des UN-Menschenrechtsrats müssen dabei als Orientierung dienen. Unternehmen, BRIC-Staaten sowie deutsche Auslandsvertretungen sollen für das Thema sensibilisiert werden. Nationale Parlamente müssen in Entscheidungen über die Außenwirtschaftsförderung eingebunden werden.

Immaterielles Kulturerbe schützen

Das Übereinkommen der UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes ist seit 2006 in Kraft. Es umfasst Praktiken, Darbietungen, Ausdrucksformen sowie Kenntnisse und Fähigkeiten, die die kulturelle Identität eines Landes prägen. Die Bundesrepublik Deutschland ist dem Übereinkommen bisher nicht beigetreten, obwohl dies von der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ 2007 empfohlen wurde. In unserem gemeinsamen Antrag mit Bündnis 90/Die Grünen fordern wir die Bundesregierung dazu auf, das Übereinkommen in Abstimmung mit Ländern und Kommunen bis Ende 2012 zu ratifizieren. Ein einheitliches Verfahren, klare Entscheidungskriterien und ein Konzept für den Schutz müssen dabei im Zentrum stehen. Auch zivilgesellschaftliche Akteure sind in den Prozess einzubinden. Zudem sollen die jährlichen Umsetzungskosten ermittelt werden. Die Bundesregierung muss dem Bundestag über den Abstimmungsprozess und die veranschlagten Kosten Bericht erstatten.

III. Grafik

Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb

Mit Sorgen ins neue Jahr

Die wichtigsten Themen zum Jahreswechsel 2011/12 in %



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

Stand November 2011

Mehrfachnennungen

Die Deutschen blicken mit Sorgen auf das neue Jahr. Die Krise im Euroraum ist das beherrschende Thema zum Jahreswechsel 2011/12. Ständig neue, kaum durchschaubare Rettungspakete und eine Serie von Krisengipfeln ohne tragfähige Ergebnisse steigern die Verunsicherung. Auch das Problem der Arbeitslosigkeit ist nicht vom Tisch. Neu in der Sorgenskala ist der Rechtsextremismus. Die beispiellose Mordserie des Jenaer Neonazi-Trios das Thema wieder in den Mittelpunkt gerückt.

Planungsgruppe